

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
die CDU-Fraktion hat sich nach einer langen und intensiven Diskussion für den Antrag zur Durchführung der heutigen **Sonderratssitzung** entschlossen. Das positive FEEDBACK und das mediale Echo haben uns bestätigt.

Das Projekt **Rheinspange 553** bedeutet mehr als die Aufstellung eines Bebauungsplans.

Meine sehr verehrte Damen und Herren, der Bau der Rheinspange 553 wird die Zukunft Wesselings und die Entwicklung der gesamten Region prägen.

Der Endbericht zum Wesseling Lärmaktionsplan stellt bereits 2015 fest: “Von besonderer Bedeutung für Wesseling und seine 36.000 Einwohner sind die Autobahn A 555 Köln-Bonn und die Stadtbahnlinie 16 zwischen Köln und Bonn. Beide Verkehrsträger ermöglichen einen idealen Anschluss an die Region, bilden jedoch gleichzeitig **eine starke räumliche** Zäsur im Stadtgebiet mit den damit verbundenen Immissionen.“¹

Diese beschriebene räumliche Zäsur des Stadtgebietes würde durch eine weitere Autobahntrasse auf Wesseling Stadtgebiet zusätzlich verstärkt und die Stadt in drei Teile zerschneiden.

Was war der Auslöser?

Der Planungsprozess für die Realisierung der neuen Autobahnquerspange (A553) zwischen der A59 und der A555 mit einer Rheinquerung bei Wesseling durch Straßen.NRW hat mit zwei Veranstaltungen **zum Beteiligungsscoping** bereits begonnen. Ziel ist die Entwicklung eines Beteiligungskonzepts.

Ferner wurde bereits ein **Autobahnkorridor parallel zur Shell** im November vermessen.

¹ Beschluss Rat der Stadt Wesseling vom 14.04.2015: Endbericht der 2. Stufe des Wesseling Lärmaktionsplans.

Das Beteiligungskonzept für die Bevölkerung wurde von StaßenNRW bis Ende Januar 2018 abschließend beschrieben und stellt damit die Grundlage für alle weiteren Beteiligungsmaßnahmen während der gesamten Planungs- und Bauphase der Rheinspange 553 dar. Die **Politik wird über ein eigens Gremium beteiligt**. Bei der ersten dieser beiden Veranstaltungen am 27. September 2017 in Köln wurde **erstmalig** von der Südvariante gesprochen. Dazu wurden aufgezeichnete Drohnenflüge gezeigt. **Drohnenflüge** von denen niemand in Wesseling etwas wusste.

Aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 war bis dahin und ist **nicht ableitbar**, dass eine „Süd-Variante“ als Rheinspange 553 bei Urfeld (Rheinquerung Niederkassel-Urfeld) **überhaupt** untersucht wird. Aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 kann man sinngemäß entnehmen **„Der Streckenbeginn bei Köln-Godorf ist durch den 4-streifigen Ausbau des westlich anschließenden Straßenzuges der Kerkrader Straße bis Brühl (L150) bedingt. Der Streckenabschnitt erschließt auf Dauer eine zweibahnige Durchgängigkeit von Godorf bis zur A553 bei Brühl.“** Wurden die Wesseling Bürger, der Rat und seine Ausschüsse über diese Entwicklungen **informiert?**

Ein klares Nein.

Mit dieser Ratssitzung haben wir die öffentliche Diskussion in Wesseling angestoßen.

Die Verwaltungsspitze wird ein Mandat erhalten, die Wesseling Interessen im Planungsprozess zu vertreten und die Bürger zu informieren.

Alle bisher bekannten Planungsvarianten der Trassenführung berühren die Interessen Wesslings unmittelbar. Die bereits heute bestehende hohe Lärmbelastung durch die A 555 (siehe Lärmaktionsplan 2015) würde sich nochmals dramatisch erhöhen. Die Realisierung einer Rheinspange 553 bei Urfeld (Rheinquerung Niederkassel-Urfeld) hingegen würde das Verkehrsaufkommen auf der A 555 im Bereich der Stadt Wesseling in beiden Fahrtrichtungen erheblich erhöhen. Nach

den Verkehrszählungen der Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) aus dem Jahre 2016 beläuft sich das Verkehrsaufkommen auf der A 555 bei der Dauer- messstelle GODORF ca. 74.000 Kfz/24 h. Straßen NRW geht von einer täglichen Verkehrsbelastung durch die neue Rheinspange 553 im Mittel von 63.000 Kfz/24h aus.² Dies war, wenn überhaupt, nur wenigen Wesselingern Bürgern bekannt.

**Meine Damen und Herren,
das kann uns doch nicht egal sein!**

Zurzeit erfolgt die personelle Besetzung des **Dialogforums** als zentrales Gremium der Öffentlichkeitsbeteiligung an dem Vorhaben. Eine Online-Befragung wurde zu diesem Thema kurzfristig mit dem **5. Informationsbrief vom 08.01.2018 mit TERMIN 21.01.2018 durchgeführt.**

Auch wenn wir uns noch nicht im eigentlichen Planungsverfahren befinden, muss Wesseling auch Gelegenheit erhalten, seine Interessen zu artikulieren und sich in den Planungsprozess einbringen zu können.

Anders auf der anderen Rheinseite: In den rechtsrheinischen Ortschaften des Rhein-Sieg-Kreises und den Stadtteilen Kölns besteht bereits eine breite öffentliche Wahrnehmung des Projekts. Dies unterstreicht einen Ratsbeschluss in Niederkassel **aus dem Jahr 2016 der die NORDVARIANTE favorisiert.**

**Meine Damen und Herren,
genau dort müssen wir auch hinkommen.**

Wie gesagt, zurzeit erfolgt die personelle Besetzung des Dialogforums als zentrales Gremium der Öffentlichkeitsbeteiligung an dem Vorhaben.

² Straßen. NRW: Beteiligungsscoping 27. September 2017

Im Gegensatz zu den rechtsrheinischen Ortschaften des Rhein-Sieg-Kreises und den Stadtteilen Kölns **war und ist** eine breite **öffentliche Wahrnehmung** des Projekts in Wesseling nicht vorhanden.

Betroffene Wesselingener Bürger, Initiativen und Interessengruppen konnten sich noch nicht ausreichend informieren oder formieren.

Nur durch eine breite Information der Bevölkerung in Wesseling kann eine angemessene und faire Berücksichtigung auch der Interessen der Wesselingener Bürger und eine Transparenz des Verfahrens sichergestellt werden. Die Bewohner aller betroffenen Kommunen sollten im Dialogforum berücksichtigt werden.

Dazu müssten erst einmal alle betroffenen Bürger **mit einem Brief von** Straßen NRW informiert werden **warum und was** auf sie zu kommt. Die Vertreter der einzelnen Interessengruppen für das **Beteiligungsverfahren sollten nach einem Verteilerschlüssel durch sie selbst benannt werden und nicht durch Straßen.NRW ausgesucht bzw. in einem Losverfahren bestimmt werden.**

Diese Forderungen zur fairen Beteiligung der Wesselingener hat die CDU-Fraktion bereits per Brief an Straßen.NRW übermittelt.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Hier der neue Beschlussentwurf.